Gesellschaftliches Vertrauen in Zeiten von COVID-19

Einleitung

Die COVID-19-Pandemie und die sich daraus ergebenden schwerwiegenden Lockdown-Maßnahmen führten zu der größten Krise in der EU seit dem Zweiten Weltkrieg, und zwar sowohl im Hinblick auf den Verlust von Menschenleben als auch auf die sozioökonomischen Folgen. Gleichzeitig war Europa mit einem weiteren schnell verbreiteten Phänomen konfrontiert, nämlich der Verbreitung sowohl von Falschinformationen (unrichtigen oder irreführenden Informationen) als auch von Desinformation (absichtlich irreführende Informationen) in den sozialen Medien.

Diese Entwicklungen stellen nationale und supranationale Institutionen vor große Herausforderungen. Da die Einhaltung der Lockdown-Maßnahmen eine erste Verteidigungslinie gegen COVID-19 darstellte, war die Aufrechterhaltung des Vertrauens in die Institutionen – einschließlich der Regierung, der Wissenschaft und der Medien – von entscheidender Bedeutung, um wirksame Gegenmaßnahmen zu gewährleisten. Angesichts der rasanten Verbreitung von Falschinformationen mussten die Regierungen jedoch rasch handeln, um die Bürgerinnen und Bürger von der Notwendigkeit restriktiver Maßnahmen und der Bedeutung von Impfungen zu überzeugen.

Politischer Kontext

Als Reaktion auf die sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Beschränkungen – wie z. B. die erzwungene Untätigkeit auf dem Arbeitsmarkt – und in dem Bemühen, Unternehmen und Existenzen am Leben zu erhalten, haben die Regierungen rasch Ausgleichsmaßnahmen eingeführt. Über die Aufbau- und Resilienzfazilität hat die EU 723,8 Mrd. EUR bereitgestellt, um Reformen und Investitionen in den EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen und die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften nachhaltiger und widerstandsfähiger zu machen und sie besser auf den grünen und digitalen Wandel vorzubereiten.

Wichtigste Erkenntnisse

Anhand von Daten aus der elektronischen Eurofound-Erhebung „Leben, Arbeiten und COVID-19“ zeigt dieser Bericht, dass **das Vertrauen in die nationalen Institutionen** zwischen April und Juli 2020 nach dem ersten Ausbruch der Pandemie drastisch zurückging und zwischen Oktober 2020 und März 2021, während der zweiten Pandemie-Welle Ende 2020 und der dritten Welle im Frühjahr 2021 weiter abnahm. Aus Befragungen von Fokusgruppen ging hervor, dass während des ersten Ausbruchs der Pandemie der anfängliche gemeinschaftliche Zusammenhalt, also die erhöhte Unterstützung für Regierungen aufgrund des beispiellosen Charakters der Situation, schnell nachließ. Die Befragungen zeigten eine wachsende Unzufriedenheit, da die Menschen über die Einschränkung ihrer Freiheiten und Rechte Sorgen besorgt waren und die Wirksamkeit und Kohärenz der politischen Maßnahmen in Frage stellten.

Das Vertrauen in die EU entwickelte sich vollkommen anders. Die NextGenerationEU-Initiative, ein vorübergehendes Aufbauinstrument im Umfang von über 800 Mrd. EUR, führte zu einer Zunahme des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger. Der größte Anstieg des Vertrauens in die EU wurde im Cluster der Länder des westlichen Mittelmeerraums festgestellt. Zu diesem Cluster gehören Italien und Spanien, die beiden Länder, die am meisten von der finanziellen Förderung im Rahmen von NextGenerationEU profitieren, und auch Portugal, ein weiterer großer Fördermittelempfänger.

Die Untersuchung ergab, dass jede Verbesserung des Vertrauensniveaus, insbesondere in Bezug auf das Vertrauen in die nationalen Institutionen, zu einer höheren Zufriedenheit mit den **politischen Maßnahmen der staatlichen Stellen auf die Pandemie** führte. Ebenso führte jeder Rückgang des Vertrauens zu einer höheren Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik.

Die Studie ergab, dass Personen, die ein hohes Maß an Vertrauen in die Institutionen haben, sich eher impfen lassen, auch wenn sie angaben, dass sie zu Beginn der **Impfkampagnen** noch zögerlich waren. Befragte mit hohem Vertrauen in die nationalen Institutionen antworteten positiv in Bezug auf alle genannten Gründe für eine Impfung, jedoch nicht, wenn eine solche Impfung am Arbeitsplatz vorgeschrieben werden oder wenn dies unter sozialem Druck erfolgen soll. Zu den stärksten Gründen für die Impfung gehörten der „Schutz für mich und andere" und die „Beendigung der Pandemie". Dieselben Befragten zogen nur einen Grund für die Nichtimpfung in Betracht: die Tatsache, dass sie bereits COVID-19 hatten. Diese Befragten mit hohem Vertrauen glaubten nicht, dass der COVID-19-Impfstoff gesundheitliche Probleme verschlimmern würde.

Das Niveau des **sozialen Vertrauens**, das sich auf die Einschätzung der Befragten bezieht, ob man anderen Menschen vertrauen kann, steht in keinem Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen. Personen, die ein höheres Maß an sozialem Vertrauen aufwiesen, wären eher bereit gewesen, sich impfen zu lassen, um andere zu schützen. Sie könnten aber auch weniger bereit gewesen sein, sich impfen zu lassen, weil sie sich darauf verließen, dass andere Menschen durch ihre Impfung die Herdenimmunität erreichen (eine Art Trittbrettfahrereffekt).

Was **das Vertrauen in die Medien** betrifft, so wird den traditionellen Medien von denjenigen, die sie als ihre wichtigste Nachrichtenquelle nennen, größeres Vertrauen entgegengebracht, und in ähnlicher Weise wird den sozialen Medien stärker von denjenigen vertraut, die diese lieber nutzen. Die letztgenannte Gruppe hatte tendenziell ein geringeres Vertrauen in die Institutionen und eine geringere Zufriedenheit mit den Maßnahmen ihrer Regierungen zur Eindämmung von COVID-19.

In den Fokusgruppen waren einige Befragte der Meinung, dass die Medien durch tägliche Nachrichten über Sterblichkeitsraten Angst schürten. Gleichzeitig waren einige Befragte der Ansicht, dass die **traditionellen Medien** ihre Fragen nicht beantworteten oder die Öffentlichkeit nicht klar informierten. Aus diesem Grund zogen sie es vor, ihre Informationen aus anderen Quellen einzuholen, einschließlich neuerer Medienkanäle und **sozialer Medien**.

Empfehlungen für die Politik

- Die politischen Akteure in den meisten Ländern verstanden die Dringlichkeit der Situation nicht sofort, was die Umsetzung von Vorsichtsmaßnahmen verzögerte. Künftige Krisen dieser Komplexität erfordern neue und bessere Formen des Krisenmanagements.
- Die Kombination von Maßnahmen, die die Regierungen während der Pandemie ergriffen haben, einschließlich Beschränkungen und Ausgleichsmaßnahmen, ist möglicherweise nicht immer allen zugutegekommen sein, die sie benötigten. Daher sollten die ergriffenen Maßnahmen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit, Effizienz und Verhältnismäßigkeit bewertet werden.
- Nicht-pharmazeutische Maßnahmen wie Lockdowns und soziale Distanzierung hatten weitreichende Auswirkungen auf den Einzelnen. Nach der Anfangsphase führten diese Maßnahmen zu Ausbrüchen von „Reaktanz", einer starken emotionalen Ablehnung der Maßnahmen und einer Aushöhlung des Vertrauens in die Institutionen. Dies legt den Schluss nahe, dass der Entwicklung und Umsetzung verantwortungsvoller Ausstiegsstrategien und einer klaren Kommunikation über sich verändernde Umstände ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.
- Die von den Institutionen verfolgten Kommunikationsstrategien können das Vertrauen beeinflussen. Die Bekämpfung sowohl von Falschinformationen (unrichtigen oder irreführenden Informationen) als auch von Desinformation (absichtlich irreführende Informationen) auf Plattformen der sozialen Medien sollte eine Priorität sein.
- Die Daten zeigen, dass geringes Vertrauen in die Institutionen mit einer geringen Durchimpfungsrate einhergeht. Da Vertrauen in das Gesundheitswesen und die Pharmaindustrie in diesem Zusammenhang besonders relevant ist, sollten die politischen Entscheidungsträger eine klare und kontinuierliche Kommunikationspolitik verfolgen, was das Thema Impfstoffe und deren Nebenwirkungen angeht.
- Es ist von entscheidender Bedeutung, den wirtschaftlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen. Regierungen müssen eine gerechte und integrative Erholung von der Pandemie sicherstellen, indem sie einen gleichberechtigtem Zugang zu schulischer und beruflicher (Aus-)Bildung, Beschäftigung, erschwinglichem Wohnraum und sozialer Sicherheit im Rahmen eines gerechten Übergangs gewährleisten, bei dem niemand – kein Mensch und keine Region – zurückgelassen wird.
- Während der Pandemie blieb das Vertrauen in die EU recht hoch und nahm mit der Ankündigung des Aufbauplans sogar noch zu, was darauf hindeutet, dass die EU in Krisenfällen eine wichtige Rolle spielen kann.

Weitere Informationen

Der Bericht „*Maintaining trust during the COVID-19 pandemic*" (Gesellschaftliches Vertrauen in Zeiten von COVID-19) ist abrufbar unter: https://eurofound.link/ef22001.

Forschungsleiterin: Daphne Ahrendt

information@eurofound.europa.eu